

33 Seiten
4 A Seiten

**Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz**

Protokoll

15. Sitzung (nicht öffentlich)

10. Oktober 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Kruse (CDU)
Abgeordneter Steinkühler (SPD) (Stellv.)

Stenographin: Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992
(Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Land-
wirtschaft
- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses -

Vorlagen 11/749, 11/750 und 11/772

2

Der Ausschuß erörtert verschiedene Fragestellungen, die sich
aus dem Einzelplan 10 ergeben.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
15. Sitzung

10.10.1991
sd-sz

Seite

2 Integrierter Landbau - Chance für die Landwirtschaft

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/715

9

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag Drucksache 11/715 einstimmig für erledigt erklärt.

3 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1091

10

Der Ausschuß kommt überein, das Thema erneut zu beraten, wenn der angekündigte Gesetzentwurf der SPD-Fraktion vorliegt.

4 Konzept "Nachwachsende Rohstoffe" in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1372

12

- Aussprache

Der Antrag der CDU-Fraktion **Drucksache 11/1372** wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei Abwesenheit des Vertreters der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
15. Sitzung

10.10.1991
sd-sz

Seite

**5 Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft
(Landeswaldbericht 1991)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 11/2110

20

Nach einem Bericht von Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL) über das aktuelle Ergebnis der Waldschadenserhebung diskutiert der Ausschuß über verschiedene Fragestellungen.

Nach Vorlage des Protokolls der Anhörung vom 30. September soll das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

6 Anhörung zu den sozialen, ökologischen und wasserhaushaltlichen Auswirkungen des beantragten Braunkohlentagebaus Garzweiler II sowie den energiewirtschaftlichen Alternativen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/982

26

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz erklärt den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/982 bei Abwesenheit des Vertreters der GRÜNEN einstimmig für erledigt.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
15. Sitzung

10.10.1991
sd-sz

Seite

7 **Umfassender Schutz des Umweltmediums Boden**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/1984

26

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz schließt sich der Vorgehensweise des Umweltausschusses an und wartet zunächst den Gesetzentwurf des Bundesumweltministeriums ab. Falls dieser in den ersten drei Monaten des kommenden Jahres nicht vorliegen sollte, will er das Thema auf Landesebene weiter behandeln.

8 **Mitteilung der Kommissions der Europäischen Gemeinschaften an den Rat und an das Europäische Parlament über die künftige Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik** KOM(91), 258 endg./3; Ratsdok. 7570/91

Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bundesratsdrucksache 511/91

27

Der Antrag der CDU-Fraktion, sich der Stellungnahme der Agrarminister anzuschließen, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion und des Vertreters der F.D.P.-Fraktion bei Abwesenheit der GRÜNEN **abgelehnt**.

Sodann stimmt der **Ausschuß** dem Antrag, die Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen, bei Enthaltung der CDU-Fraktion zu.

So habe man sich zunächst darum bemüht, solche Vorstellungen, die auch die Gesamthochschule Paderborn vorgelegt habe, nicht aufzunehmen. Möglicherweise sei diese Intention in den CDU-Antrag hineingelesen worden. Da wolle er sich nicht festlegen.

Die Leitbetriebe selber basierten auf den Arbeiten, die mit der Gesamthochschule durchgeführt worden seien. Damit bildeten sie einen Bestandteil der Umsetzung des Programms für eine umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Es sei nur folgerichtig, daß der integrierte Landbau in der Mitteilung der Landesregierung über den Stand dieses Programmes einen entscheidenden Punkt einnehme. Damit werde deutlich, daß die Idee der Leitbetriebe, also die Umsetzung der Ergebnisse aus der Wissenschaft in die Praxis, einen selbstverständlichen Teil des Programms ausmache.

Die Betriebe erhielten nur eine Entschädigung für den Mehraufwand aufgrund der Betreuung der Besucher, nicht aber dafür, daß sie integrierte Landbauverfahren anwendeten. Die CDU-Fraktion könne nicht die Vaterschaft für die Idee der Leitbetriebe für sich in Anspruch nehmen - allenfalls für ihren Antrag.

Der Antrag **Drucksache 11/715** wird einstimmig vom **Ausschuß** für **erledigt** erklärt.

3 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1091

Abgeordneter Uhlenberg (CDU) führt aus, in der Anhörung sei auch anhand der klaren Aussagen der kommunalen Spitzenverbände und des Landkreistages deutlich geworden, daß bezüglich der Verwertung des Klärschlammes eine klare gesetzliche Regelung im Landeswassergesetz notwendig sei. Er bitte, dem Gesetzesantrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Die SPD-Fraktion halte den Antrag für gesetzessystematisch nicht voll ausgereift, entgegnet **Abgeordneter Sieg (SPD)**. Im Interesse aller Beteiligten müßten gewisse Unebenheiten zur Schaffung von Rechtssicherheit noch geglättet werden.

Er kündige an, daß seine Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf zu diesem Thema einbringen werde. Dabei gehe es auch um eine Novellierung des § 53 Absatz 4 Landeswassergesetz, welche auch die vom Bund in Aussicht gestellte Neufassung der Klärschlammverordnung berücksichtigen solle. Er schlage vor, die beiden Gesetzentwürfe zusammen erneut zu beraten.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU) hält es für sehr unbefriedigend, wenn die anstehenden Fragen in der letzten Sitzung allein mit Herrn Gorlas diskutiert worden seien und heute wieder mit ganz anderen SPD-Mitgliedern verhandelt werde.

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion stamme vom 31.01. dieses Jahres. Er liege dem Parlament also seit Monaten zur Beratung vor, sei mehrfach im Ausschuß und im Plenum diskutiert worden. Zudem habe man eine Anhörung durchgeführt.

Herr Gorlas selber habe darauf hingewiesen, daß eine Gesetzesnovellierung des Landeswassergesetzes notwendig sei, um die Rechtsunsicherheit in Nordrhein-Westfalen zu beenden.

Im Interesse der Sache und der Ankündigung, daß die SPD-Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereite, bitte er, daß sich die Sprecher der Fraktionen mit dem Vorsitzenden zusammensetzten, um zu überlegen, wie das Thema vom Ausschuß beendet werden könne.

Die Sprecher der anderen Fraktionen sind einverstanden.